V-23 Gemeinsam für eine gute Daseinsvorsorge für alle: Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der BVG

Antragsteller*in: Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

Im Frühjahr 2025 werden über 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bundesweit für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in Tarifauseinandersetzungen gehen. In Berlin kämpfen zeitgleich 16.000 Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) für einen fairen Lohn.

Die Beschäftigten der BVG und des öffentlichen Dienstes sind elementarer Teil unser öffentlichen Daseinsvorsorge: Sie bringen uns durch die Stadt, pflegen und betreuen uns, halten Straßen und Parks sauber und bilden nächste Generationen aus.

Eine verlässliche und gerechte Daseinsvorsorge ist das Fundament einer lebenswerten und sozialen Stadtgesellschaft. Doch während die Beschäftigten für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen kämpfen, setzt der schwarz-rote Senat auf Sparmaßnahmen, die diese Grundversorgung gefährden. Die geplanten Kürzungen in Höhe von drei Milliarden Euro treffen unter anderem die BVG und viele Bereiche des öffentlichen Dienstes hart. Das schwächt nicht nur die Qualität der städtischen Infrastruktur, sondern verschlechtert auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Der schwarz-rote Senat wird den Menschen in Berlin damit nicht gerecht. Kürzungen und das Zurückhalten notwendiger Investitionen zeigt ihre Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Berliner*innen und dem Wohl der Stadt. Die Konsequenzen solcher Politik sind bereits heute

spürbar: Fahrpläne werden ausgedünnt, Wartezeiten verlängern sich, und der Nahverkehr
verliert an Attraktivität. Eine Politik, die an denen spart, die Berlin am Laufen halten,
tragen wir Grüne nicht länger mit. Denn sie gefährdet nicht nur unsere Daseinsvorsorge,
sondern auch das Vertrauen in eine gerechte Stadtpolitik.

Im Gegensatz zum schwarz-roten Senat haben wir Grüne in Berlin gezielt in die BVG investiert. So haben wir in den letzten Jahren über 2,5 Milliarden Euro in die Modernisierung und den Ausbau des Nahverkehrs gesteckt, um die Infrastruktur zu stärken und
umweltfreundliche, moderne Fahrzeuge anzuschaffen. Mit der Einführung des 29-Euro-Tickets
haben wir die finanzielle Belastung der Fahrgäste gesenkt und den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr gefördert.

Wir Grüne wollen Berlin gerecht machen.

Deshalb stehen wir solidarisch an der Seite der Beschäftigten und unterstützen ihre
Forderungen, die für eine gerechte und funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge
unerlässlich sind.

Um den steigenden Lebenserhaltungskosten gerecht zu werden, muss es im Öffentlichen Dienst
eine Erhöhung der Gehälter um mindestens acht Prozent oder ein monatliches Plus von
mindestens 350 Euro geben. Außerdem müssen die Ausbildungsvergütungen und Praktikumsentgelte
um 200 Euro monatlich erhöht werden. Wir unterstützen die Forderung nach drei zusätzlichen
freien Tagen und einer Reduktion der Arbeitszeit für die Beamt*innen auf 39 Stunden pro
Woche. Denn wer hart arbeitet, sollte sich auch erholen können. Zudem sollen Gewerkschaftsmitglieder als Anerkennung für ihre wertvolle demokratische Arbeit einen
zusätzlichen freien Tag erhalten. Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen
haben eine bezahlte Pause in der Wechselschicht verdient, um die gesundheitliche Belastung
zu mindern.

Bei der anstehenden Tarifrunde ist für uns klar, wir stehen hinter den Beschäftigten aus dem

Öffentlichen Dienst und der BVG. Zusammen mit der Zivilgesellschaft wollen wir die
Beschäftigten in ihrer Auseinandersetzung für eine gute öffentliche Daseinsvorsorge
unterstützen.

Wir Grüne werden im Abgeordnetenhaus einfordern, dass entsprechende Gelder bereitgestellt
werden, um die berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach fairen Arbeitsbedingungen und
guter Entlohnung zu ermöglichen. Die angekündigten Kürzungen der Berliner CDU müssen
zurückgenommen werden. Denn sie sind nicht nur kurzsichtig, sondern gefährden das Wohl
unserer Stadt und die Lebensqualität der Menschen, die in ihr leben.

Was wir jetzt brauchen sind keine Kürzungen an unserer Daseinsvorsorge sondern eine
langfristige, verlässliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und des gesamten
öffentlichen Dienstes.

Begründung

Im Frühjahr nächsten Jahres werden über 2,5 Mio Beschäftigte in Tarifauseinandersetzungen über höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen gehen. Wir wollen zeigen, dass wir hinter den Beschäftigten und ihren berechtigten Forderungen stehen.

Unterstützer*innen

Leonie Wingerath (KV Berlin-Neukölln), Santiago Rodriguez Salgado (LV Grüne Jugend Berlin), Felix Ackerschewski (LV Grüne Jugend Berlin), Marie Anna Graser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Tariq Kandil (LV Grüne Jugend Berlin), Tim Junge (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Luisa Böldt (LV Grüne Jugend Berlin), Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Niclas Christ (LV Grüne Jugend Berlin), Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte)